

ersatzkasse report.



IN DIESER AUSGABE **PFLEGE** Gesetz soll novelliert werden | **PATIENTENSICHERHEIT** Interview mit Hedwig François-Kettner, Vorsitzende des Aktionsbündnisses | **MODELLPROJEKT** Schneller Termine beim Augenarzt

SACHSEN

VERBAND DER ERSATZKASSEN . APRIL 2019

GESUNDHEITSFÖRDERUNG

GKV-Bündnis startet Förderprogramm für Kommunen



FOTO: Christian Schwier - stock.adobe.com

Kommunen können seit Jahresbeginn bei Gesundheitsförderung und Prävention durch ein Programm des „GKV-Bündnisses für Gesundheit“ gefördert werden. Das gemeinsame Angebot der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) bietet finanzielle und beratende Unterstützung, etwa um Runde Tische zur Gesundheitsförderung, spezifische Arbeitsgruppen oder Gesundheitskonferenzen einzurichten. Diese Gremien sollen Aktivitäten zur Gesundheitsförderung anstoßen, umsetzen helfen und nachhaltig verankern. Für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren können Kommunen eine Anschubfinanzierung in Höhe von maximal 150.000 Euro beantragen. Ab dem Sommer fördert das GKV-Bündnis zudem spezifische Präventionsprojekte, wie beispielsweise für Menschen mit Behinderungen und Alleinerziehende. Weitere Informationen gibt die Internetseite www.gkv-buendnis.de.

PFLEGE

Wie Sachsen die Pflege sicherstellen will

Der Abschlussbericht der Enquetekommission Pflege gibt Empfehlungen, wie die Herausforderungen der pflegerischen Versorgung bewältigt werden sollen. Die Anregungen reichen von einer Reservierungsplattform für die Kurzzeitpflege bis zum Pflegewohngeld.

Die Worte einer Leipzigerin, die zehn Jahre ihre demente Schwiegermutter und deren Mann pflegte, sind noch präsent. Schnell sei sie an die Grenzen ihrer Kräfte gekommen, erinnerte sich die Dame auf einer Pressekonferenz. Die eigenen Eltern standen auf einmal im Mittelpunkt des Familienlebens. Der Alltag musste neu strukturiert und eng getaktet werden. Ruhepausen kamen kaum vor und Kontakte zu Freunden viel zu kurz.

Ähnliche Erfahrungen machen die meisten, die Familienmitglieder zu Hause pflegen. Häufig kommen Sorgen um den Beruf hinzu oder die Angst vor Armut. Dabei sind pflegende Angehörige der „Pflegedienst der Nation“. Sie betreuen zwei Drittel der Pflegebedürftigen. Über 200.000 Pflegebedürftige leben in Sachsen. Deren Zahl wird angesichts der immer älter werdenden Gesellschaft weiter steigen.

Die Bereitschaft zur Übernahme der Pflege durch Angehörige soll deshalb auch künftig erhalten und weiter gestärkt werden. Das ist eine der Botschaften des Abschlussberichts der Enquetekommission Pflege, der Ende Januar veröffentlicht

wurde. Der Landtag hatte die Kommission im Dezember 2015 eingesetzt. Das Gremium sollte Antworten finden, wie die pflegerische Versorgung älterer Menschen im Freistaat sichergestellt und verbessert werden kann. Dafür wurden mehr als 70 Sachverständige, darunter Vertreter der Ersatzkassen, angehört.

Der vorliegende Bericht enthält eine umfangreiche Analyse der gegenwärtigen Pflegesituation in Sachsen und Deutschland. Vor allem formuliert die Kommission mehr als 200 Empfehlungen für die Landes- und die Bundesebene. Pflegebedürftige und pflegende Angehörige bilden einen der Themenbereiche. Die beiden anderen Blöcke sind das Arbeits- und Berufsfeld Pflege sowie die pflegerische Infrastruktur.

Allein für pflegende Angehörige, die als Gruppe in der Öffentlichkeit weniger präsent sind als die professionelle Pflege, und für die Ersatzkassen eines der Topthemen in der Pflege, finden sich 37 Empfehlungen. So soll die Staatsregierung jährlich eine „Woche der pflegenden Angehörigen“ durchführen, um die Bedeutung der informellen Pflege – das ist die Pflege durch Laien – in das gesellschaftliche



KOMMENTAR

Was tun?

FOTO vdek / Georg J. Lopata



von
SILKE HEINKE
Leiterin der
vdek-Landesvertretung
Sachsen

Es ist geschafft. Die Enquete-kommission Pflege hat ihren Bericht vorgelegt. Das dauerte länger als angedacht, zeigt aber, wie vielschichtig das Thema Pflege ist und wie viele offene Baustellen mit dringendem Handlungsbedarf bestehen. Wer sich ein Bild von der Pflege in Sachsen machen will, muss diesen Bericht lesen. Auch wenn durch die auf Bundesebene laufende Pflegereform manche Aussage schon wieder überholt ist. Nun müssen die Erkenntnisse und Empfehlungen, die der Bericht enthält, umgesetzt werden. Kurz-, mittel- und langfristige Schritte müssen folgen. Neben Pflegekassen und Pflegeanbietern ist ebenso die Landespolitik angesprochen, tätig zu werden. Und das in Bund und Land. Eine Möglichkeit bietet der aktuelle Doppelhaushalt des Freistaats. Er sieht jährlich eine Million Euro vor, um erste Vorschläge zu realisieren. In der laufenden Wahlperiode werden Landtag und Landesregierung nicht mehr allzu viel anschieben können. Was die Bilanz ein wenig trübt. Die Zeit für Größeres fehlt, Anfang September sind Landtagswahlen. Wer dann in Sachsen regiert, ist offen. Fest steht, die Nächsten, die Regierungsverantwortung erhalten, übernehmen mit die Hausaufgaben der Enquete-kommission. Sie sollten zeitig anfangen, die Aufgaben abuarbeiten. Denn deren Umfang und Anspruch haben es in sich.



und politische Bewusstsein zu tragen. Ebenso sollen Vertreter pflegender Angehörige künftig in wichtigen Pflegegremien wie dem Landespflegeausschuss sitzen. Zur Entlastung im Alltag schlägt die Kommission unter anderem eine zentrale Reservierungsplattform für Kurzzeitpflegeplätze vor, die Angehörige für eine schnellere Übersicht direkt abrufen können. Auch eine Fachstelle für pflegende Angehörige soll etabliert werden. Bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf geht an Bund und Land die Prüfempfehlung, inwieweit der Anspruch auf Freistellung nach dem Pflegezeitgesetz bzw. dem Familienzeitgesetz von der Unternehmensgröße entkoppelt werden kann. Und bei der sozialen Absicherung macht die Enquetekommission etwa den Vorschlag zu prüfen, inwieweit Entgeltersatzleistungen für Sorgearbeit von pflegenden Angehörigen, die eine gewisse Dauer und Grenzen überschreiten und zur weitestgehenden Aufgabe eigener Lebensgestaltung führen, möglich sind.

„Die Empfehlungen machen sich wichtige Anliegen pflegender Angehöriger zu eigen“, betont Annett Lotze, die in der vdek-Landesvertretung die Pflege verantwortet. „Wenn wir hier endlich vorankommen, hilft das einem Bereich, der jahrelang zu wenig Beachtung und Würdigung fand.“ Auch bei den anderen Säulen

der Pflege enthält der Bericht viele überlegenswerte Vorschläge.

So findet sich etwa in den Ausführungen zur Pflegeinfrastruktur die Empfehlung, zur finanziellen Entlastung von Heimbewohnern und ihrer Angehörigen ein Pflegewohngeld einzuführen. Alternativ kann das ein Investitionsprogramm für Heime sein. Daneben greift der Bericht eine Idee auf, die seit Jahren in Sachsen diskutiert wird: Die Autoren regen an, ein Landespflegegesetz einzuführen, das die Aufgaben des Landes, der Kommunen und anderer Beteiligten zur Umsetzung ihrer jeweiligen Sicherstellungsaufträge regelt.

»Die Empfehlungen machen sich wichtige Anliegen pflegender Angehöriger zu eigen.«

Die Aufgaben für die maßgeblichen Akteure in der Pflege sind – weil Empfehlungen – weich formuliert, was bei Enquetekommissionen aber so üblich ist. Die meisten Punkte tragen alle Landtagsfraktionen mit. Das lässt erwarten, dass unabhängig von der Sitzverteilung der neue Landtag das Thema Pflege weiterverfolgt. Ein großer Teil der Kommissionsmitglieder kandidiert wieder. ■



BESSERE PFLEGE: Über 200 Empfehlungen gibt der Kommissionsbericht

FOTO Peter Atkins – stock.adobe.com

ANHÖRUNG

Bewohner von Pflege-WGs besonders schützen



FOTO Africa Studio – stock.adobe.com

Sachsens Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz soll novelliert werden. Der Verband der Ersatzkassen (vdek) hat bei der Landtagsanhörung Ende März die geplante Flexibilisierung ambulanter Wohnformen für ältere Menschen sowie für Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf begrüßt. Zum Schutz der Bewohner seien die vorgesehenen Anzeigepflichten, Qualitätsanforderungen und Kontrollmöglichkeiten unabdingbar.

Der Krankenkassenverband empfahl, den Gesetzentwurf in mehreren Punkten zu überarbeiten. Dabei nahm der vdek besonders die Situation der sogenannten Intensivpflege-Wohngemeinschaften in den Blick. So betonte der Verband, dass Bewohner mit einem Intensivpflegebedarf rund um die Uhr, die nicht eigenverantwortlich leben können, besonders geschützt werden müssen. Der vdek forderte deshalb, diese Wohngemeinschaften ordnungsrechtlich den besonderen Vorschriften für stationäre Einrichtungen zuzuordnen. Dieser Schritt mache Qualitätsstandards und deren Überprüfung erst möglich. Darüber hinaus sieht der vdek die vorgesehene Kapazitätserweiterung für Pflege-WGs auf zwei mal zwölf Plätze kritisch. Bei der Größe seien eine individuelle Wohngestaltung schwer zu verwirklichen und ein Qualitätsunterschied zu vollstationären Einrichtungen fraglich.

KRANKENHÄUSER

Flächendeckende Notfallversorgung bleibt erhalten

Seit Jahresbeginn gelten Regelungen, nach denen die Notfallversorgung an Krankenhäusern einer bestimmten Stufe zugeordnet wird. Welches Gesamtbild dadurch in Sachsen entsteht, ist im Detail noch offen.

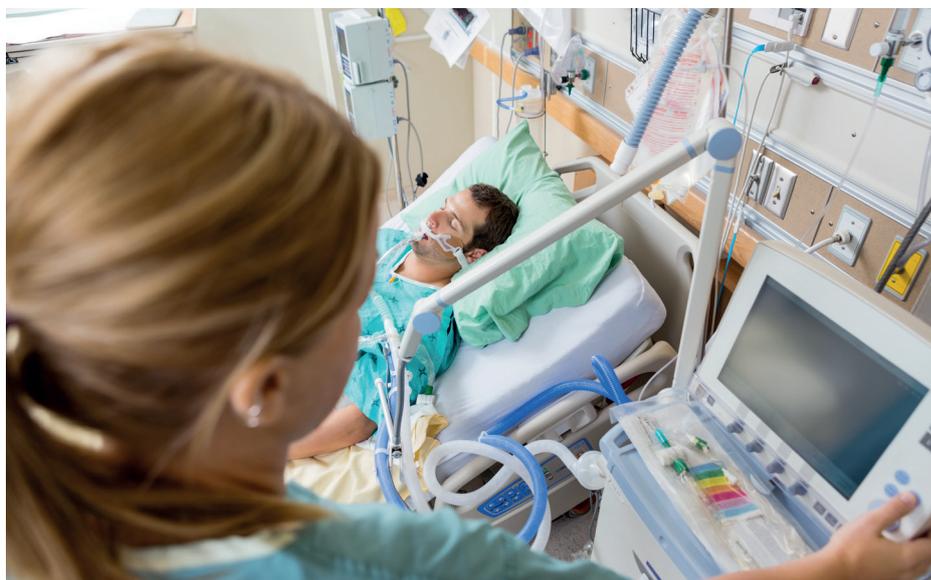


FOTO Tyler Olson – stock.adobe.com

GESTUFTENOTFALLVERSORGUNG: Verbesserte Qualität und zielgenaue Finanzierung

Die Versorgung von Notfallpatienten hat der Gemeinsame Bundesausschuss im letzten Jahr neu geregelt: Drei verschiedene Stufen gibt es für Krankenhäuser. Je aufwändiger die Vorhaltungen, umso höher die Einstufung und der finanzielle Zuschlag, so das Prinzip. Die Finanzierung wird zielgenauer, gleichzeitig werden qualitätssichernde Standards gesetzt. Häuser, die die strukturellen Anforderungen nicht erfüllen, müssen einen Abschlag zahlen. Das könnte einige Krankenhäuser in wirtschaftliche Nöte bringen, äußerten Beobachter.

Die große Bedrängnis wird es in Sachsen aber nicht geben. Das zeigen Daten des Sozialministeriums. Von insgesamt 91 Krankenhausstandorten haben acht eine Ausnahme beantragt. Einige der acht Häuser erfüllen Vorgaben zur speziellen

Notfallversorgung, so dass ihnen vermutlich kein Abschlag droht. Bleiben weniger als eine Handvoll Kliniken übrig. Bei ihnen könnten die Landesbehörden regionale Besonderheiten geltend machen, um die Versorgung in der Fläche zu gewährleisten.

Bis Ende April will das Sozialministerium über die Ausnahmeanträge befinden. Dann besteht Klarheit, ob und wie viele Ausnahmen es in Sachsen gibt. Allerdings fehlt zu diesem Zeitpunkt noch ein offizielles Gesamtbild. Die Entscheidungen über die konkrete Einstufung der übrigen sächsischen Krankenhausstandorte fallen während der Budgetverhandlungen mit den einzelnen Häusern. Die ziehen sich über das Jahr. Die Ersatzkassen hatten sich dafür ausgesprochen, die Notfallstufen im Krankenhausplan festzulegen. ■

An der Hygiene hapert es immer noch

Das Aktionsbündnis Patientensicherheit und der vdek fordern eine Offensive für die Patientensicherheit. Mit dem Experten Prof. Dr. Matthias Schrappe haben sie das „Weißbuch Patientensicherheit“ vorgestellt.



FOTO: spornatphoto - stock.adobe.com

In Sachen Patientensicherheit ist in den letzten Jahren schon einiges erreicht worden. Dennoch gibt es erheblichen weiteren Verbesserungsbedarf in allen Bereichen des Gesundheitswesens. In Krankenhäusern beispielsweise verlaufen 90 bis 95 Prozent aller Behandlungen ohne Zwischenfälle. Bei fünf bis zehn Prozent (ein bis zwei Millionen Patienten) pro Jahr treten dagegen „unerwünschte Ereignisse“ auf, von Druckgeschwüren über Fehldiagnosen bis hin zu schweren Infektionen. Vermeidbar wären bis zu 800.000 dieser „unerwünschten Ereignisse“, zeigt das Weißbuch.

Patientensicherheit wird heute fast ausschließlich aus der Perspektive der Einrichtungen und für operative Akuterkrankungen, wie zum Beispiel Komplikationen einer „Hüft-OP“, diskutiert. „Patientensicherheit ist jedoch mehr als die Vermeidung bestimmter Komplikationen“, so Weißbuch-Autor Prof. Dr. Schrappe von der Universität Köln. „Sie muss auch als Eigenschaft von Teams, Organisationen und sogar des gesamten Gesundheitswesens verstanden werden. Ihre Innovationskraft ist in den Dienst der Verwirklichung dieses Ziels zu stellen.“

Im Weißbuch Patientensicherheit werden unter anderem ein erweitertes Verständnis von Patientensicherheit, eine Sicherheitskultur in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie eine aktive Einbindung der Patienten gefordert. Das Aktionsbündnis und der vdek formulierten zudem sieben konkrete Forderungen und rufen zu einer Patientensicherheitsoffensive auf.

Das Bündnis hatte das Projekt der Erstellung des Weißbuchs ins Leben gerufen und intensiv begleitet.

»Dieses Engagement in Sachen Qualität wollen wir fortführen.«

Ulrike Elsner, vdek-Vorstandsvorsitzende

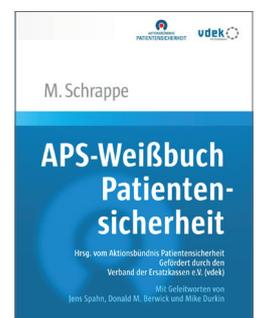
Im Rahmen der Patientensicher-

heitsoffensive fordert das Aktionsbündnis unter anderem, dass Patientensicherheit fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung aller im Gesundheitswesen Tätigen wird und Verantwortliche für Patientensicherheit eingerichtet werden.

Handlungsbedarf bei Infektionsprävention

„Für die Verbesserung der Versorgungsqualität und Patientensicherheit setzen sich die Ersatzkassen seit Jahren ein“, sagt Ulrike Elsner, Vorstandsvorsitzende des vdek. „Dieses Engagement in Sachen Qualität wollen wir fortführen und fördern daher das Projekt Weißbuch.“ Handlungsbedarf sieht Elsner insbesondere im Bereich der Hygiene und Infektionsprävention. Im Forderungspapier von Bündnis und vdek finden sich hierzu Maßnahmen von einer bundeseinheitlichen Hygienerichtlinie bis zu einer Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zur Sepsis als Notfall. Zudem fordert Elsner die verpflichtende Einführung von einrichtungsübergreifenden Fehlermeldesystemen an allen Krankenhäusern sowie die Einbeziehung der Erfahrungen von Patienten und Angehörigen durch Fragebögen, um Fehlerquellen aufzudecken. Außerdem sei die Einführung eines Implantatregisters für sämtliche Hochrisikomedizinprodukte (etwa Herzklappen) längst überfällig.

www.aps-ev.de/aps-weissbuch/



INTERVIEW

„Zu vieles noch nicht erreicht“

Hedwig François-Kettner, Vorsitzende des Aktionsbündnisses Patientensicherheit (APS), im Gespräch über das Weißbuch.

Das APS setzt sich für die Verbesserung der Patientensicherheit ein. Wie lautet dabei Ihre Prämisse?

Nur wer anerkennt, dass Fehler passieren, dass Strukturen und Prozesse zu vermeidbaren Patientenschäden führen, kann Fehlerursachen finden und abstellen. Aus dieser Überlegung heraus haben sich im Jahr 2005 Vertreter der Gesundheitsberufe, ihrer Verbände und der Patientenorganisationen im APS zusammengeschlossen, um Beteiligte und Betroffene zusammenzubringen, damit Lösungen und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Patientensicherheit von der Praxis für die Praxis entwickelt und verbreitet werden.

Was wurde seit Gründung des APS erreicht?

Viel! Mittlerweile sind Maßnahmen wie OP-Checklisten, Vorkehrungen zur Vermeidung von Patientenverwechslungen oder auch die Aktion Saubere Hände zur Verbesserung des Bewusstseins für Hygiene in vielen Einrichtungen ganz selbstverständlich Teil des Krankenhausalltags. Fehlermeldesysteme und verpflichtendes einrichtungsinternes Qualitätsmanagement stehen im Gesetz. Trotzdem: Zu vieles wurde noch nicht erreicht! Deshalb hat sich das APS entschlossen, mit dem Weißbuch eine Agenda zur Patientensicherheit zu entwickeln. Für dieses Projekt haben wir zwei starke und unverzichtbare Partner gefunden: Zum einen Prof. Dr. Matthias Schrappe von der Universität zu Köln. Er hat als Autor des Weißbuchs in herausragender Weise die Aufgabe erfüllt, nicht nur eine präzise und fundierte Analyse der Ist-Situation zu liefern, sondern auch Ansätze dafür, was in Zukunft noch besser gemacht werden kann. Sein Konzept der komplexen

Mehrfachinterventionen ist wegweisend. Zum anderen ist unser Partner der vdek, der weit mehr ist als nur ein Geldgeber für das Projekt. Denn als großer Verband hat er die Chance, die entwickelten Ansätze auch in die Versorgung mit einzubringen.

Was ist für Sie die wichtigste Forderung?

Wir als APS möchten die Einbindung von Patienten und Angehörigen an die erste Stelle rücken. Es ist an der Zeit, die Patientenrolle mit Blick auf die Patientensicherheit neu zu definieren. Der Ethikrat hat in seinem vielbeachteten Statement zum Patientenwohl als ethischen Maßstab im Krankenhaus den Begriff der selbstbestimmungsermächtigenden Sorge geprägt. Dieser Gedanke gilt auch für die Patientensicherheit: Patienten und ihre Angehörigen müssen mit allen Mitteln in die Lage versetzt werden, zu ihrer eigenen Sicherheit beitragen zu können. Dazu gehören gute Aufklärung, intensive Kommunikation und Anleitung, und patientenverständliche und -orientierte Informationen. Im Sinne der komplexen Mehrfachinterventionen ist auf dem Weg zu diesem Ziel nicht nur das APS gefragt, den Professionellen im Gesundheitswesen ebenso wie den Patienten unterstützende Materialien zur Verfügung zu stellen. Es sind gleichsam regulatorische Vorgaben über Gesetzgeber und den Gemeinsamen Bundesausschuss nötig.

An welche Vorgaben denken Sie?

Damit komme ich zur zweiten Forderung: Dass die Bedeutung guter Kommunikation und auch Techniken und Erfahrung im Umgang mit Patienten im Medizinstudium nicht fehlen dürfen, haben wir als APS im Jahr 2017 mit dem Schwerpunkt „Patientensicherheit und



FOTO Natascha Zhadnovic

HEDWIG FRANÇOIS-KETTNER, Vorsitzende des APS

Kommunikation“ vielfach beschrieben und setzen die Bemühungen darum fort. Genauso Patientensicherheit: Diese muss integraler Bestandteil der Ausbildung in allen Gesundheitsberufen werden, ganz im Sinne der im Weißbuch entwickelten Definition von Patientensicherheit als Fähigkeit, immer neue Verbesserungspotenziale zu erkennen und zu nutzen. Und ebenso, wie Patientensicherheit nicht in einer einzigen Anstrengung herstellbar ist, sondern der täglichen, kontinuierlichen Anstrengung bedarf, muss dieses Thema auch im Rahmen des lebenslangen Lernens am Arbeitsplatz in Fort- und Weiterbildungen immer wieder aktualisiert werden.

Wie kann das am besten gelingen?

Dass Patientensicherheit in den Einrichtungen des Gesundheitswesens immer neu evaluiert, weiterentwickelt und durchgesetzt werden muss, geschieht nicht von allein. Jemand muss die Ressourcen dafür einfordern und zur Verfügung stellen. Deshalb ist eine dritte Forderung die Einrichtung von Verantwortlichen für die Patientensicherheit. Wir möchten damit zum Ausdruck bringen, dass Patientensicherheit nachdrücklich und verantwortlich in die Führungsebene jeder Organisation im Gesundheitswesen gehört. (rn) ■

Schnellere Termine beim Augenarzt

FOTO: Katrin Lindner – Techniker Krankenkasse



PROJEKTSTART mit Sozialministerin Klepsch (Mitte)

Anfang April startete ein Modellprojekt der gesetzlichen Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen, das die augenärztliche Versorgung in der Region Marienberg sicherstellen soll. Simo Murovski, Augenarzt in Zschopau, hat dafür seine Praxisorganisation um eine Telesprechstunde erweitert: Nach einem persönlichen Kontakt des Arztes mit dem Patienten erhebt speziell qualifiziertes Personal an modernen digitalen Untersuchungsgeräten die Befunde. Die bewertet später der Augenarzt. Erst im Falle von krankhaften Veränderungen wird der Patient zu einem weiteren persönlichen Gespräch mit dem Arzt bestellt. Die Telesprechstunde entlastet den Arzt von regulären Wiederholungsuntersuchungen und verschafft ihm Zeit für andere Patienten.

„Wir erwarten von der Neuerung, dass die Praxis mehr Patienten betreuen kann“, sagt die vdek-Landeschefin Silke Heinke. Die Telesprechstunde wird vorerst für Glaukompatienten und Diabetiker angeboten.

Das Projekt geht auf einen Arbeitsauftrag des Gemeinsamen Landesgremiums zurück, in dem das Landesgesundheitsministerium und weitere Akteure des Gesundheitswesens zusammenarbeiten. In der Region Marienberg droht in einigen Facharztgruppen Unterversorgung.

Pharmakologische Beratung dominiert medizinische Anfragen

Patienten wollen bei ihrer medizinischen Versorgung mitsprechen. Zu welchen Problemen sie besonders oft Information und Rat suchen, zeigt eine Auswertung der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland.



FOTO: benjaminmolte – stockadobe.com

ÜBER DEM BUNDESDURCHSCHNITT: Sachsen suchen häufiger pharmakologischen Rat

Sie ist Ansprechpartner für Patienten, und sie ist Fundgrube für all jene, die Gesundheitsversorgung gestalten. Die Unabhängige Patientenberatung (UPD) führt jährlich tausende Beratungen durch, davon 4.900 allein 2018 in Sachsen. Beim Neujahrsforum des Ersatzkassenverbandes zog UPD-Geschäftsführer Thorben Krumwiede eine Bilanz.

Danach entfallen zwei Drittel aller Beratungen auf rechtliche Fragestellungen. Davon werden in Sachsen 45 Prozent zu Leistungsansprüchen gegenüber Kostenträgern geführt; eine starke Rolle nehmen hierbei Fragen zum Krankengeld ein. Häufiges Thema sind Beratungen zu Patientenrechten mit einem Anteil von 14,9 Prozent. Auch der Verdacht auf Behandlungsfehler führt Patienten regelmäßig (6,1 Prozent) zur Patientenberatung.

Die pharmakologische Beratung – etwa warum Medikamente in der Apotheke ausgetauscht werden – bildet in Sachsen den Schwerpunkt der medizinischen Anfragen. Weit vorn in der Häufigkeit der Anfragen (15,2 Prozent) liegt ebenso die Suche nach Leistungserbringern.

Einige der dargestellten Problemlagen stehen bereits auf der Agenda für Verbesserungen. So etwa fordern die Ersatzkassen, Kassenärztlichen Bereitschaftsdienst und Notarzt einheitlich zu vermitteln, weil das Versorgungsspektrum des Bereitschaftsdienstes und dessen Telefonnummer Patienten oft unbekannt sind. Das haben die zahlreichen Anfragen bei der Unabhängigen Patientenberatung nochmals belegt. Eine häufig geäußerte Bitte betrifft auch die Unterstützung bei der Suche nach Fachärzten. Hier verspricht das Terminalsorgegesetz Besserung. ■

CHANCENGLEICHHEIT

Kinder aus suchtbelasteten Familien stärken



FOTO: pavel-shishkin - stock.adobe.com

Kinder suchtkranker Eltern haben gegenüber anderen Kindern ein hohes Risiko, eigene Abhängigkeits-erkrankungen und weitere psychische Störungen zu entwickeln. Mit dem Präventionsprogramm „Trampolin“ sollen diese Kinder in Sachsen beim gesunden Aufwachsen unterstützt werden. Die gemeinsame sächsische Präventionsinitiative von Sozialkassen und Landesministerien sowie der Sächsischen Landesstelle gegen Suchtgefahren e. V. vereinbarten dazu Anfang April ein vierjähriges Modellvorhaben.

„Kinder aus Suchtfamilien werden noch zu wenig durch Präventionsangebote erreicht“, sagt die alternierende Vorsitzende der Präventionsinitiative Silke Heinke. „Das ‚Trampolin‘-Projekt bietet ein erprobtes Konzept. Unsere Aufgabe ist es, Zugang zu den Kindern zu finden, damit sie die Hilfen des Programms nutzen können.“

„Trampolin“-Kurse sollen an bis zu fünf Modellstandorten in Sachsen angeboten werden. Ein Teil der Kurse ist für den ländlichen Raum vorgesehen, um dessen Besonderheiten gegenüber städtischen Regionen zu berücksichtigen. „Wir wollen herausfinden, welche Rezepte es braucht, um Kinder erfolgreich in dieses Präventionsprogramm zu bekommen“, betont Heinke. Dabei erproben die Beteiligten unter anderem Bring- und Abholdienste sowie Motivationsgespräche mit den Eltern.

Die Präventionskurse sind für acht- bis zwölfjährige Kinder konzipiert. In neun wöchentlichen 90-Minuten-Modulen werden die elterliche Sucht und der Umgang mit ihr als zentrales Thema behandelt. Ziel des Programms ist es, den Kenntnisstand der Kinder zu den Auswirkungen des Drogenkonsums zu verbessern und ihre psychische Belastung zu reduzieren. Daneben sollen die Kinder Stressbewältigungsstrategien erlernen und ihr Selbstwertgefühl stärken.

Das sachsenweite Interessenbekundungsverfahren, aus dem später geeignete Projektstandorte ausgewählt werden, hat bereits begonnen. Die ersten Kurse starten im nächsten Jahr.

KURZ GEFASST

Blaulichtgesetz

Die Staatsregierung plant noch bis Sommer eine Novellierung des sächsischen „Blaulichtgesetzes“. Sie betrifft vor allem Änderungen im Bereich der Feuerwehr. Mit einer weiteren Überarbeitung der gesetzlichen Regelungen wird in der nächsten Legislatur gerechnet. Die sogenannte große Novelle soll auch Themen des Rettungsdienstes behandeln.

Abrechnungsbetrug

Die Ersatzkassen haben ihren Arbeitsbericht zu Fällen von Abrechnungsbetrug in 2018 vorgelegt. Danach wurden gemeinsam 62 Verdachtsfälle untersucht, wobei sich in 40 Fällen der Verdacht bestätigte. Am häufigsten wurden Verfehlungen im Bereich der Heil- und Hilfsmittel entdeckt, gefolgt von Pflegeeinrichtungen und Arztpraxen.

Landarztquote

Die Landarztquote für Medizinstudenten rückt in Sachsen vorerst in weite Ferne. Die im Freistaat regierenden Koalitionspartner CDU und SPD konnten sich nicht auf eine Einführung einigen. Vorgesehen war für Medizinstudenten, die sich nach Abschluss des Studiums auf dem Land niederlassen, jährlich 40 Studienplätze zu reservieren.

NOTÄRZTE

Dienste bleiben besetzt

Schnelle medizinische Hilfe bei drohender Lebensgefahr ist im Landkreis Meißen weiterhin sicher. Für weitere vier Jahre hat die ALL MEDICAL UG die Versorgung übernommen. Neben dem bisherigen Notarztstandort Riesa ist der Personaldienstleister zusätzlich für Großenhain verantwortlich. „Für Riesa waren die Verträge ausgelaufen, weshalb wir die notärztliche Versorgung europaweit ausgeschrieben haben“, erläutert Steffen Kögler, Rettungsdienstverantwortlicher in der vdek-Landesvertretung. „Die Röderstadt wurde einbezogen, weil es auch dort trotz großer Anstrengungen nicht mehr möglich war, die Dienste mit örtlichen Notärzten durchgängig zu besetzen.“ Mit dem Dienstleister habe man in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht. In Sachsen liegt der Sicherstellungsauftrag für die notärztliche Versorgung bei den gesetzlichen Krankenkassen.

BÜCHER

Profiwissen für Online-Redakteure

Um Qualitätsansprüchen gerecht zu werden, müssen Online-Journalisten sowohl über journalistische Basisqualifikationen verfügen als auch mit den Besonderheiten des Mediums „Internet“ vertraut sein. Die Verknüpfung dieser Bereiche ist der Leitgedanke dieses Buches. Wichtige journalistische Grundregeln werden vorgestellt und unter dem Gesichtspunkt der webspezifischen Umsetzung erläutert. Die Konzeption digitaler Kommunikationsformen werden auf handwerklich solide Grundlagen gestellt.



Saim Rolf Alkan
1x1 für Online-Redakteure und Online-Texter
2. aktualisierte und erweiterte Auflage 2009, 126 Seiten
€ 18,80, Verlag BusinessVillage

Stabil und kraftvoll – mit der richtigen Körperhaltung

Schritt für Schritt zur physiologisch korrekten Körperhaltung – das zeigt die Autorin auf Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Demnach sind Core-System, Stabilisation und Kraft die wichtigsten Grundlagen für eine gesunde Haltung. Anhand von Illustrationen erhält man schrittweise Anleitungen zum richtigen Trainieren. Das Buch stellt neben der Körperhaltung das Core-System, die tiefste Muskelschicht des Rumpfes, ins Zentrum. Hierzu werden die idealen Trainingsreize gezeigt.



Karin Albrecht
Körperhaltung
Modernes Rückentraining
4. Auflage, 256 Seiten,
€ 39,99, Thieme

EHRENAMT

Ersatzkassen schreiben Selbsthilfepreis aus



GRAFIK vdek; Foto: Etlers von Rabenstein – stock.adobe.com

Manche Krankheitsdiagnosen stellen vermeintliche Selbstverständlichkeiten des Lebens in Frage. Mit dem Wissen, schwer krank zu sein, kommen oft Ängste und Sorgen um das eigene Dasein, den Beruf oder die Familie. Selbsthilfegruppen können dann Halt geben und in alltagspraktischen Dingen helfen.

Die Ersatzkassen in Sachsen wollen deshalb das Engagement dieser Lebenshelfer auch in diesem Jahr besonders würdigen. Zum achten Mal schreiben sie den „Sächsischen Selbsthilfepreis“ aus. Gesucht werden gute Ideen und nachahmenswerte Projekte sächsischer Selbsthilfegruppen: Wie etwa bleiben Gruppen über viele Jahre für ihre Mitglieder attraktiv? Wie finden junge Leute zur Selbsthilfe und wie sieht bei Ihnen Selbsthilfe aus? Wie unterstützen sich Eltern von betroffenen Kindern und wo finden pflegende Angehörige zusammen?

Für die besten Ideen wird ein Preisgeld von insgesamt 10.000 Euro ausgelobt. Eine Fachjury entscheidet über die Vergabe. Bewerbungen können bis 30.6.2019 eingereicht werden. Interessierte finden weitere Informationen auf den Internetseiten des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) unter www.vdek.com/LVen/SAC.html.

KRANKENHÄUSER

Fast vier Milliarden Euro für Behandlungen



FOTO: Gordenkoff – stock.adobe.com

Die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) in Sachsen werden in diesem Jahr rund 3,9 Milliarden Euro für stationäre Behandlungen in Krankenhäusern ausgeben. Das sind rund 75 Millionen Euro mehr als 2018. Die Krankenkassen und die Krankenhausgesellschaft Sachsen haben sich auf den neuen Landesbasisfallwert geeinigt, der die Grundlage für dieses Ausgabenvolumen bildet. Für 2019 beträgt der Wert 3.528,65 Euro. „Damit haben die Krankenhäuser Planungssicherheit für dieses Jahr“, sagt Claudius Wehner, der in der vdek-Landesvertretung die stationäre Versorgung verantwortet. Der Landesbasisfallwert ist eine zentrale Rechengröße, um die Vergütung von stationären Krankenhausleistungen zu bestimmen. Krankenhausbehandlungen stellen den größten Ausgabenposten der GKV.

IMPRESSUM

Herausgeber

Landesvertretung Sachsen des vdek
Glacisstraße 4, 01099 Dresden
www.vdek.com

Telefon 03 51 / 8 76 55-37

E-Mail LV-Sachsen@vdek.com

Redaktion Dirk Bunzel

Verantwortlich Silke Heinke

Druck Kern GmbH, Bexbach

Konzept ressourcenmangel GmbH

Grafik Schön und Middelhaufe GbR

ISSN-Nummer 2193-214X